

Gedenken an NS-Opfer – aber wie?

Über die Art und Weise der Erinnerungskultur auf Sylt soll nun ein Arbeitskreis beraten

Nils Leifeld

In der NS-Zeit sind viele Menschen im Norden umgekommen. Nicht wenige

Sylter Rundschau

Ihr Kontakt zu Redaktion und Verlag

Reporterchefin

Barbara Glosemeyer 04651/9814-1391

Reporter

Nils Leifeld 04651/9814-1380

Lea Sarah Pischel -1383

Fax 04651/9814-1388

E-Mail redaktion.sylt@shz.de

Kreisreporter

Jonna Lausen 04841/8965-1321

Sportreporter

Jannik Schappert 04841/8965-5420

Jan Wrege -5421

Fax 04681/5976-5429

E-Mail redaktion.sport@shz.de

Regionalchefin Nord

Friederike Reußner

Telefon 04841/8965-1301

Anschrift

Andreas-Dirks-Straße 14,
25980 Sylt/OT Westerland
Zentrale: Tel. 04651/9814-0

Verlagshausleitung

Tanja Grandau 04651/9814-1390

Leserservice

Online-Leserservice:

www.mein.shz.de (24h)

Tel. 0800/2050-7100 (gebührenfrei)

E-Mail leserservice@shz.de

Anzeigenservice

Tel. 0800/2050-7200 (gebührenfrei)

E-Mail anzeigen@shz.de

davon fielen der Willkür der Wehrmachtsjustiz zum Opfer. Auf Sylt weiß man inzwischen von mehreren Personen, die nach dem Urteil des ehemaligen Kriegsgerichts an der Steinmannstraße in Westerland hingerichtet wurden. Doch wie soll der Opfer der Wehrmachtsjustiz auf Sylt angemessen gedacht werden und vor allem wo?

SPD-Antrag für Gedenktafel

Über diese Fragen wurde am Mittwochabend intensiv im Schul-, Jugend-, Kultur- und Sportausschuss diskutiert. Grund dafür war die Abstimmung über einen SPD-Antrag von vor einem Jahr, in dem es darum ging, eine Gedenktafel mit den

Namen von fünf Kriegsoffizieren als Ergänzung des bereits vorhandenen Gedenksteins am Südwäldchen aufzustellen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es in der Folge eine emotionale und teils kontroverse Diskussion. Eine der Wortführerinnen: Schriftstellerin und Gästeführerin Silke von Bremen. Ihr Standpunkt in der Sache ist klar. „Wir dürfen den Stein nicht mit den Namen der im Antrag aufgeführten Personen ergän-



Der Gedenkstein für die Opfer der NS-Militärjustiz am Südwäldchen in Westerland.

Foto: Leifeld

zen, denn der Gedenkstein steht für alle Opfer der Sylter Wehrmachtjustiz.“ Stattdessen wirbt sie dafür, einen weiteren Gedenkstein aufzustellen und zwar am ehemaligen Standort des Kriegsgerichts an der Steinmannstraße 18, wo die Urteile gefällt wurden, die letztlich zur Hinrichtung der fünf bekannten Justizopfer Franz Quapil, Friedrich Rainer, Paul Fromme, Christoph Kreuzler und Alfons Henrion geführt hatten. „Ich möchte vorschla-

gen, dass wir die Orte, die auf diese furchtbaren Verbrechen hinweisen, miteinander verknüpfen“, so von Bremen.

Erst die Arbeitsgruppe, dann der Gedenkstein

Elisabeth Westmore war da anderer Meinung. Die ehemalige Leiterin des Sylter Archivs plädierte dafür, über den SPD-Antrag abzustimmen. Ihrer Meinung nach sollte man an die Namen, die man habe, auch in

angemessener Form erinnern.

Bürgermeister Frank Zahel (CDU) sprach sich dafür aus, zunächst eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die offen tagt und sich mit der Aufarbeitung der Sylter Wehrmachtsjustiz und ihrer Opfer beschäftigt. Dem konnte sich auch Ausschussvorsitzender Stefan Klaus (SWG) anschließen. „Wir sollten keine Fakten schaffen und dann erst eine Arbeitsgruppe gründen, die sagt, was zu tun ist.“ Das mache keinen

Sinn. Viel cleverer sei es, zuerst eine Gruppe zu starten, die ein detailliertes Konzept erarbeitet, aus dem dann klar hervorgeht, wie und vor allem wo das Gedenken an die Opfer der Wehrmachtsjustiz auf Sylt stattfinden soll.

Diesem Vorschlag von Stefan Klaus konnte sich letztlich auch die große Mehrheit der Ausschussmitglieder anschließen. Neun Kommunalpolitiker stimmten dafür, erst eine Arbeitsgruppe zu gründen und dann über Dinge wie Tafeln und Gedenksteine zu sprechen. Nur zwei Personen stimmten für den SPD-Antrag über eine Aufstellung einer Gedenktafel.

Welche Personen später mal in der Arbeitsgruppe sein werden, steht noch nicht fest. Als wahrscheinlich gelten Kay Abeling als Ortsbeiratsvorsitzender von Westerland und Stefan Klaus als Kulturausschussvorsitzender auf politischer Seite. Auf der bürgerlichen Seite stehen Namen wie Silke von Bremen und Elisabeth Westmore im Raum. Bestätigt ist das allerdings nicht. Zudem soll ein externer Fachmann, am besten ein Historiker, mit ins Boot geholt werden, der die Arbeit in der Gruppe wissenschaftlich begleitet.